



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER JANUAR 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

in wenigen Tagen leuchtet die vierte Kerze des Adventskranzes. Das Licht wird heller, wir gehen auf Weihnachten zu.

Mir fällt da immer die Geschichte von den vier Kerzen am Adventskranz ein. Die Kerzen heißen Frieden, Glauben, Liebe und Hoffnung. Die ersten drei Kerzen erlöschen, weil die Menschen diese Werte vergessen haben, aber die Hoffnungskerze bleibt, und ein Kind zündet mit ihrer Flamme die anderen Kerzen wieder an. Die Hoffnung kann alle anderen Werte wieder zum Leben erwecken.

Diese wunderschöne Geschichte geht auf die Würzburger Lyrikerin Elli Michler (geb. 1923) zurück. Auch die anderen Gedichte von Elli Michler spiegeln eine positive Einstellung zum Leben. Diese positive Einstellung wünsche ich uns allen zu Weihnachten.

Viel Spaß bei der Lektüre,

Ihr/Euer *Bernd Rützel*

Infos zu Leben und Werk
von Elli Michler sowie zum
Gedicht „Vier Kerzen“:



Bernd Rützel

3



Rente

4



Arbeit & Soziales

7



Begegnungen

10



Danke

KLARTEXT

AUS VOM VERBRENNER-AUS



Viele fühlen sich erleichtert, haben aber vielleicht doch ein komisches Gefühl. Jahrelang war die Frage nach dem richtigen Antrieb in Autos eine Glaubensfrage. Sie wurde hauptsächlich aus konservativen Kreisen zu einer Glaubensfrage gemacht. Gegen Gefühle lässt sich schlecht argumentieren. Gegen Gefühle kann man nur schwer sachlich argumentieren. Die Gefühle gewinnen immer.

Aber mal der Reihe nach: Der Ottomotor wurde vor ungefähr 100 Jahren in Deutschland erfunden. Bereits 1864 gründete er seine erste Motorenfabrik. Auf genaue Details gehe ich hier nicht ein. Das lässt sich alles wunderbar nachlesen. Rudolf Diesel verbaute das erste Mal 1936 seinen nach ihm benannten Motor in Serien-PKWs ein. (Eigene Anmerkung: In meinem Maschinenbaustudium habe ich mich 1996 an der Technischen Hochschule Karlsruhe mit beiden Motoren intensiver beschäftigt.)

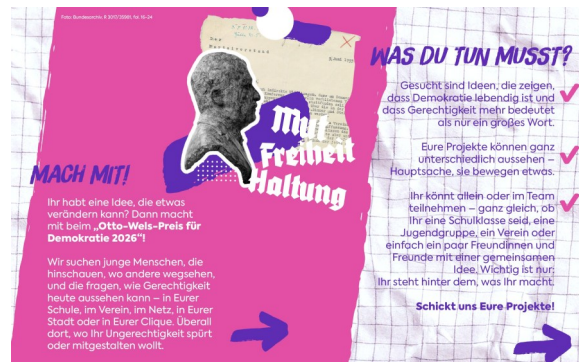
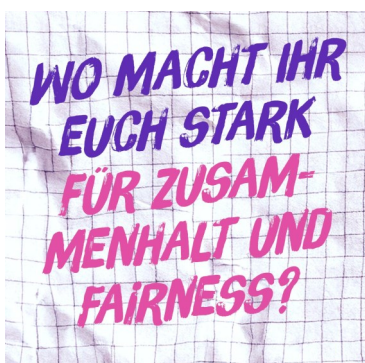
So, was hat das nun mit der aktuellen Politik zu tun? Nun, wir kommen alle aus dem Verbrenner-Zeitalter. Haben auf diesen Maschinen Führerschein gemacht

und sind mobil gewesen. Auch ich fahre einen schönen Diesel und auch einen Benzin. Das funktioniert alles prima, ich bin damit zufrieden.

Aber ist das die Zukunft? Nein, ganz klar nein! Die Zukunft ist elektrisch, ob es einem gefällt oder nicht.

Früher haben wir auch einen Film in den Fotoapparat eingelegt und es haben nur wenige an die digitale Zukunft von Bilderstellung geglaubt. Über Nacht hat sich das damals geändert. Über Nacht wird es bei den Autos nicht gehen, aber sehr schnell. Deshalb ist wichtig, dass sich die Automobilindustrie in Deutschland zusammen mit den Zulieferern umstellen kann. Das sind gewaltige Transformationen – also Umwandlungen. Deshalb sind mit einer Rolle rückwärts vom Verbrenner-Aus vielleicht unsere Gefühle besänftigt, aber keinesfalls unsere technische Führungsrolle gestärkt.

Die Zukunft ist elektrisch. Spätestens dann, wenn Reichweite, Infrastruktur und Preis der Elektrischen sich noch etwas entwickeln. Das was unsere Fahrzeuge antreibt, darf keine Glaubensfrage werden. Wir sollten lieber alle Kraft auf den Erhalt der Arbeitsplätze legen. Das verdient unsere Anstrengung – genau wie vor 150 Jahren auch.



RENTENPAKET

BESCHLOSSEN

Wenn ein Mensch ein Leben lang hart gearbeitet hat, dann muss er sich auf eine anständige Rente verlassen können. Die Menschen haben jahrzehntelang gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt. Die Rente ist kein Geschenk, sie ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung und sie ist eine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir beschlossen haben, dass die Renten weiter mit den Löhnen steigen, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent fällt, sondern die sogenannte Haltelinie bis einschließlich 2031 gilt. Zu diesem Beschluss gehört auch, dass, wenn die Haltelinie nach 2031 ausläuft, der bis dahin erreichte Effekt erhalten bleibt. Die Rentenanpassungen ab 2032 müssen dann auf diesem höheren Wert aufsetzen. Alles andere hätte bedeutet, dass das Gesetz ganz und gar nicht generationengerecht



Büro Rützel

wäre. Dank unseres Beschlusses können sich auch die Jüngeren auf eine stabile Rente verlassen.

Das ist so wichtig, weil für rund 40 Prozent der Menschen in Deutschland die gesetzliche Rente die einzige Absicherung ist. Viele können nicht zusätzlich privat vorsorgen. Ein sinkendes Rentenniveau würde ihre Lage verschärfen.

Neben der Haltelinie haben wir auch dafür gesorgt, dass die Mütterrente vollendet wird. Jetzt ist die Erziehungsleistung aller Kinder gleichgestellt – egal wann sie geboren sind.

Betriebsrente und Aktivrente sind zwei weitere Gesetze, die wir mit dem Paket beschlossen haben.

Die grundlegenden Fragen werden in der Rentenkommision beraten. Langfristige Reformen, die unser Rentensystem dauerhaft stärken, sollen dort vorbereitet werden. Die Einigung ist insgesamt also ein guter Schritt für die Sicherheit im Alter.

Neujahrsempfang mit Bärbel Bas

SPD-Bundesparteivorsitzende und Arbeitsministerin

Samstag, 17.1.2026

⇒ **10 Uhr in Aschaffenburg**
(Stadthalle, Schloßplatz 1)

⇒ **13 Uhr in Karlstadt**
(Pfarrsaal „Zur Heiligen Familie“,
Bodelschwinghstraße 23)



photothek / DBT_Stella von Saldern

ZITAT DES MONATS

„Wir sehnen uns nach Beständigkeit und Gewissheit. Doch wären wir Menschen nicht auch mutig und offen für das Unerwartete, dann wären schon die Hirten vor Bethlehem auseinanderge laufen.“

Frank-Walter Steinmeier
Bundespräsident



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

ENTSENDUNG

In den letzten Newslettern habe ich begonnen, über meine „Berichterstattungen“ zu informieren. Themen, für die ich innerhalb der SPD-Fraktion zuständig bin und über die ich meinen Kolleginnen und Kollegen als zuständiger Fachmann „berichte“.

Heute geht es um Arbeitnehmerentsendegesetz und Entsenderichtlinie:

Das Arbeitnehmerentsendegesetz regelt die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer, die von im EU-Ausland ansässigen Unternehmen für einen gewissen Zeitraum nach Deutschland entsandt werden, um dort Arbeiten auszuführen. Damit macht der Arbeitgeber von seiner Dienstleistungsfreiheit Gebrauch - ein garantiertes Recht in der Europäischen Union.

Mit dem Arbeitnehmerentsendegesetz sorgen wir dafür, dass diese Beschäftigten in Deutschland Mindestrechte erhalten, z.B. was Lohn, Urlaub oder auch Unterkunft angeht. Die Beschäftigten bekommen damit, obwohl in einem anderen Mitgliedstaat angestellt, bestimmte Arbeitsbedingungen in Deutschland garantiert. Das ist gut für die Beschäftigten. Es verhindert aber auch einen Unterbietungswettbewerb, in dem in Deutschland Beschäftigte mit Be-

schäftigten aus anderen EU-Staaten konkurrieren müssten.

Das Entsendegesetz schützt vor Lohndumping, sorgt für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und stärkt Tarifverträge. Denn durch das Gesetz können bestimmte Tarifverträge per Rechtsverordnung für alle Arbeitgeber einer Branche verbindlich gemacht werden, auch wenn sie nicht tarifgebunden sind.

Meine Berichterstattungen in A&S:

- ☒ Mindestlohn
- ☒ Rente
- ☒ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ☒ Soziale Selbstverwaltung
- ☒ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ☒ Sozialwahlen
- ☒ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ☒ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- ☐ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ☐ EU-Lieferkettengesetz
- ☐ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ☐ Sozialkassenverfahren
- ☐ Kirchliches Arbeitsrecht
- ☐ Körperlich belastende Berufe
- ☐ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER FÖRDERN



Harald Merz

Gute Arbeit und gerechtere Löhne gibt es nur mit starken Gewerkschaften. Deshalb haben wir im Bundestag beschlossen, die Mitgliedschaft in Gewerkschaften steuerlich noch attraktiver zu machen. Gewerkschaftsbeiträge können künftig zusätzlich zum Arbeitnehmer-Pauschbetrag als Werbungskosten abgezogen werden. Damit wirken sie in jedem Fall steuermindernd - auch wenn der Pauschbetrag nicht überschritten wird.

Bisher war es so: Bei allen Gewerkschaftsmitgliedern, deren berufsbezogene Kosten (sog. Werbungskosten) die Höhe des Arbeitnehmerpauschbetrags von 1.230 Euro nicht überschreiten, hatte der Beitrag bei der Steuererklärung keinen zusätzlichen Einspar-Effekt. Künftig lohnt sich die Geltendmachung des Gewerkschaftsbeitrags gegenüber dem Fiskus in jedem Fall. Je nach persönlichem Steuersatz werden so in der Mehrzahl der Fälle zwischen 25 und 35 % des Jahresbeitrags zurückerstattet.

Wenn der Bundesrat zustimmt, gilt das ab 1.1.2026. Das nutzt den Gewerkschaftsmitgliedern, die solidarisch für bessere Arbeitsbedingungen für alle sorgen, und stärkt Gewerkschaften und die Mitbestimmung.

Auch bei der diesjährigen Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion war das Thema. Auf meine

Einladung hin war Harald Merz, Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzender bei Gerresheimer Lohr, mit dabei und hat sich direkt mit meinem Kollegen und BMin a.D. Hubertus Heil dazu ausgetauscht.

ARBEITSRECHT GESTALTEN



Kritische Akademie Inzell

Im Rahmen der Fachtagung "Arbeitsrecht 2025 – Umbrüche gestalten" der Kritischen Akademie Inzell habe ich auf dem Podium diskutiert - zur Frage „Alles neu? Arbeitsrecht unter neuen politischen Vorzeichen“.

Arbeitsrecht ist ein umfassendes und breites Feld. Was aber feststeht, ist: Wir stehen als SPD an der Seite der arbeitenden Bevölkerung, bei den Menschen, die Leistung zeigen im Job, die täglich aufstehen und anpacken und dieses Land zusammenhalten. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir viel in dieser Hinsicht angeschoben und machen da auch weiter, wie man im Koalitionsvertrag 2025 nachlesen und auch jetzt schon sehen kann.

Gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne, starke Betriebsräte, hoher Arbeitsschutz, hohe Tarifbindung und vieles mehr - dafür kämpfe ich, denn das dient den Menschen und unserem Land.

TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: STAATSEINSTIEG HILFT

Der traditionsreiche Schiffsbauer Meyer-Werft war vor gut einem Jahr durch beherztes Eingreifen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vor der Pleite gerettet worden. Nun sichert ein neuer Großauftrag in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro die Beschäftigung der Meyer-Werft bis mindestens Mitte 2035. Zwar wurde in der Sanierungsphase auch Stellenabbau vereinbart, aber ebenso Beschäftigungsgarantien ausgesprochen und erstmals ein Konzernbetriebsrat eingerichtet. Gut so!

FLOP: GENDER PAY GAP BEI 16%

Frauen haben auch im laufenden Jahr in Deutschland deutlich weniger verdient als Männer. Pro Stunde erhielten sie mit 22,81 Euro einen um 4,24 Euro geringeren Lohn, wie das Statistische Bundesamt berichtet. Die Lohnlücke betrug damit unverändert 16 Prozent. Höhere Teilzeitquoten bei Frauen und geringere Gehälter in „frauentypischen“ Berufen erklären größtenteils die Lücke. Ohne Erklärung bleibt der bereinigte Gender Pay Gap von 1,71 Euro oder rund 6 Prozent des Brutto-Stundenlohns. Dieser Wert blieb auch 2025 unverändert.



Büro Rützel

PAKETBOTEN SCHÜTZEN

Die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche sind ein Dauerbrenner. Seit Jahr und Tag kämpfe ich dafür, dass diese besser werden und habe dazu schon einige Zustellzentren besucht, wie hier in Großwallstadt.

Vieles haben wir schon verbessert, wie beispielsweise mit dem Paketboten-Schutzgesetz illegale Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit bekämpft und für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gesorgt. Seit November 2019 gilt das Gesetz. Und es wirkt wie die Bundesagentur für Arbeit jetzt berichtet hat. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in der KEP-Branche - Kurier-, Express- und Paketdienste - liegt jetzt bei über 80 Prozent. Aber da ist noch Luft nach oben. Wir bleiben dran.

Dran bleiben - oder besser dran gehen - müssen wir auch noch einmal beim zulässigen Maximalgewicht für Pakete in der Einzelzustellung. Aktuell liegt das bei 31,5 Kilogramm. Im vergangenen Jahr 2024 hatten wir bereits einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Gewicht auf 23 Kilogramm reduziert hätte. Damals ist das Vorhaben am Widerstand von CDU/CSU gescheitert. In meinem Ausschuss und mit dem Wirtschaftsministerium setzen wir uns jetzt noch einmal dran. Meine Rede dazu ► [HIER](#) ◀

BERLIN

INTERNATIONALER AUSTAUSCH



DBT-Inga Haar

Als amtierender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag empfangen ich regelmäßig Delegationen aus aller Herren Länder zum Austausch.

Zuletzt war eine Delegation des ägyptischen Arbeitsministeriums und der GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) bei uns, um über die Zusammenarbeit in der Arbeitswelt und Sozialpolitik zu sprechen.



DBT-von Saldern

Eine Delegation der Volksversammlung der Republik Korea und den Botschafter der Republik Korea, Sang Beom Lim, durfte ich ein paar Tage darauf begrüßen.

Das Land ist für Deutschland ein verlässlicher Partner in Ostasien. Enge und freundschaftliche Beziehungen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbinden uns mit Südkorea.

Mit seiner leistungsstarken Wirtschaft und seiner technischen Innovationskraft ist Südkorea ein wichtiger Wirtschaftspartner und Deutschlands dritt-wichtigster Handelspartner in Asien.

ZAHL DES MONATS

50

Zum Jahresende kann sich knapp die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland über ein Weihnachtsgeld freuen, wie die Hans-Böckler-Stiftung unlängst festgestellt hat. Männer bekommen es etwas häufiger als Frauen, Westdeutsche etwas häufiger als Ostdeutsche.

Den größten Unterschied aber macht ein Tarifvertrag: Mit ihm erhalten 77 Prozent der Beschäftig-

ten Weihnachtsgeld, ohne ihn nur 41 Prozent. Und letzteres oft auch nur ohne Rechtsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber.

Tarifverträge sind also unverzichtbar - auch beim Weihnachtsgeld. Es ist deshalb gut, dass der Europäische Gerichtshof jüngst die EU-Mindestlohnrichtlinie für rechtskonform erklärt hat. Diese verpflichtet die EU-Staaten unter anderem, auf eine hohe Tarifbindung hinzuwirken. Deutschland liegt mit 50 Prozent tarifgebundener Beschäftigter weit unter dem Zielwert von 80 Prozent.

VOR ORT

Als Abgeordneter für den

BUNDESWAHLKREIS

MAIN-SPESSART/MILTENBERG

bin ich vor Ort Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände. Da es statt maximal fünf nur zwei SPD-Abgeordnete für ganz Unterfranken gibt, bin ich auch Betreuungsabgeordneter für

ASCHAFFENBURG & WÜRZBURG

Ich bin also Ihr Ansprechpartner von Alzenau bis Aub. Ein Gebiet, das 3.853 km², 104 SPD-Ortsvereine und 789.000 Bürgerinnen und Bürger umfasst! Eine Fläche übrigens, die größer ist als das Saarland, Berlin und Bremen zusammen.

BETRIEBSBESUCH BEI BOSCH REXROTH



Büro Rützel

Ob in Pressen, Förderbändern oder Baumaschinen – ohne Hydraulik würden viele Branchen stillstehen.

Beim Besuch und Rundgang durch die Entwicklungsabteilung bei Bosch Rexroth in Lohr wurde mir das anhand einiger Entwicklungsanwendungen noch

einmal auf besondere Weise deutlich. Und: Deutschland ist hier nach wie vor markt- und technologieführend, wie mir Dr.-Ing. Mark Krieg, Leitung Entwicklung bei Bosch Rexroth Lohr, aufgezeigt hat. Umso wichtiger ist es, die Entwicklungssparte zu stärken und so das gesamte Unternehmen und die deutsche Industrie zukunftsfest zu machen.

Besten Dank für die Einblicke und den guten Austausch an (v.l.) Standortleiter Frank Theil, Entwicklungsleiter Dr.-Ing. Mark Krieg, Facility Manager Stefan Klebsch und den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Thomas Nischalke.



Büro Rützel

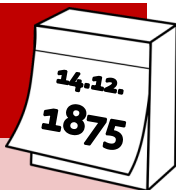
LETZTE FRAGEN IN DIESEM JAHR

Mit großen Schritten geht es auf Weihnachten zu. Da gilt es vorher noch einmal ein paar wichtige Fragen zu beantworten - zu Privatem und zu Politischem, denn in diesem Jahr haben wir einiges erreicht und angestoßen – für soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt und eine starke Sozialdemokratie.

► **HIER** ◀ zum Clip.



KALENDERBLATT



PAUL LÖBE:

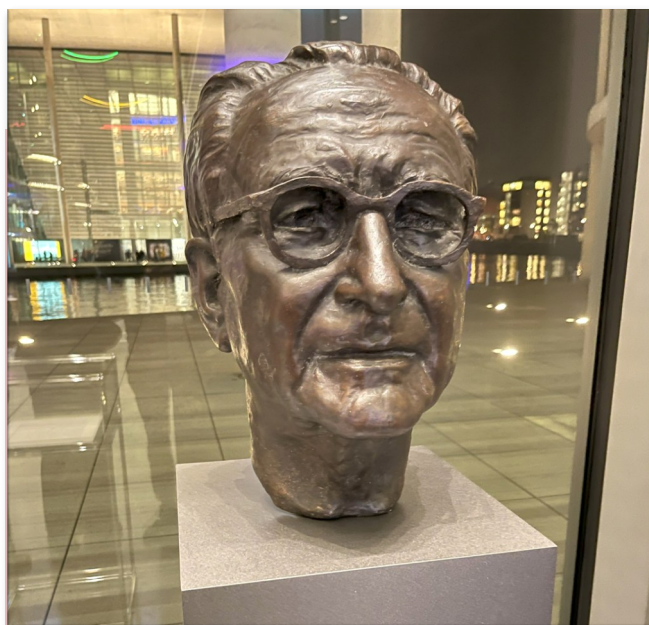
EIN LEBEN FÜR DIE DEMOKRATIE

Vor 150 Jahren, am 14. Dezember 1875, wurde Paul Löbe geboren. Sein Name steht für parlamentarische Kontinuität über die Brüche im 20. Jahrhundert hinweg: Von 1920 bis 1932 war der Sozialdemokrat Präsident des Reichstages – fast die gesamte Dauer der Weimarer Republik. Als Alterspräsident eröffnete er 1949 den ersten Deutschen Bundestag.

Löbe war seit 1895 Mitglied der SPD, gründete 1898 den SPD-Ortsverein Ilmenau und wurde 1899 Vorsitzender der SPD in Mittelschlesien. Als sozialdemokratischer Redakteur griff er soziale Missstände auf und wurde dafür mehrmals zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt.

In der Novemberrevolution 1918 trat Löbe entschieden für die parlamentarische Demokratie ein, ebenso wie als Vizepräsident der Weimarer Nationalversammlung im Juni 1919, als Reichtagsmitglied von 1920 bis 1933 und im republikanischen Veteranen- und Wehrverband Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Der Reichsvorstand der SPD schlug ihn nach Friedrich Eberts Tod 1925 als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft vor, was er ablehnte, weil er seinen Platz im Parlament sah.

Als Reichspräsident setzte Paul Löbe Maßstäbe. Zeitgenossen galt er als der „geborene Präsident“. Sein Ziel war es, Bedeutung und Ansehen des Parlaments zu stärken. Er drang auf Parlamentsreformen und setzte auf die damals neuen Medien: Erstmals gab es Rundfunkübertragungen aus dem Reichstag.



Büro Rützel

Mit Erstarken der extremistischen Ränder im 1930 stieß Löbes präsidiale Autorität an ihre Grenzen. Instabilität und Tumulte wurden zur Normalität. Löbe begegnete dem mit einer Mischung aus Geduld und Strenge.

Nach der Machtübernahme der Nazis stimmte Löbe mit seiner Fraktion als einzige gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz. Einen Tag nach dem Parteiverbot im Juni 1933 wurde er verhaftet und ins KZ Breslau-Dürrgoy eingeliefert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich Löbe maßgeblich am Wiederaufbau der SPD. 1948/49 arbeitete er im Parlamentarischen Rat am Grundgesetz mit und gehörte dem ersten Deutschen Bundestag an. Dort war er Alterspräsident und als überparteilich angesehener Reichspräsident a. D. ein gefragter Ratgeber.

Paul Löbe starb 1967 mit 91 Jahren in Bonn.

Zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen wurden ihm zu Teil, so u.a. das 2001 neu eröffnete Parlamentsgebäude des Deutschen Bundestag in unmittelbarer Nähe des Reichstags.

PARTEIARBEIT

DANKE



Bernd Rützel

Über 15 Jahre waren Sabine Kettinger und Jutta Henzler (Bildmitte v.l.) hauptamtlich für die SPD aktiv: Jutta als SPD-Geschäftsstellenleiterin in Würzburg sowie als Mitarbeiterin der SPD-Bezirksgeschäftsstelle und Sabine als SPD-Geschäftsstellenleiterin in Main-Spessart/Miltenberg.

In dieser Zeit haben sie informiert und beraten in parteirechtlichen und Organisations-Fragen, haben angepackt bei Veranstaltungen - in der Organisation, bei Vor- und Nachbereitung - und hatten nicht zuletzt als Ansprechpartnerinnen für Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger immer ein offenes Ohr für alle möglichen Anliegen.

Unlängst haben wir beide in den wohlverdienten Ruhestand entlassen. Herzlichen Dank für Eure hervorragende Arbeit und Euer Engagement mit Herz, Hand und Verstand.

Ihr werdet uns fehlen. Gleichwohl werden wir uns auch weiterhin sehen und zusammenarbeiten - auf ehrenamtlicher Ebene in SPD-Funktionen, wie all die Jahre zuvor auch schon.



Büro Schmid

ONLINE IN HARBURG

Voller Saal und interessierte Diskussion hieß es in Harburg bei meinem Bundestagskollegen Christoph Schmid. Online war ich zum Thema Rente zugeschaltet und habe begründet warum die gesetzliche Rente besser ist als ihr Ruf - und vor allem warum sie die wichtigste Säule der Altersvorsorge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist.

Die gesetzliche Rente ist sicher, weil sie als Versicherungsleistung konzipiert ist: Wer einzahlt, kann sich auf seine Rente verlassen. Die Rente ist kein Almosen, sondern verdient.

Die gesetzliche Rente ist günstig, weil die Verwaltungskosten bei 1 Prozent liegen. Die gesetzliche Rente ist damit im Vergleich zu Versicherungs- und Bankenprodukten unschlagbar effizient.

Die gesetzliche Rente ist zuverlässig, weil sie seit 1889 besteht und seither unvorstellbare Krisen und Kriege überstanden hat.

Klar ist aber auch, dass die gesetzliche Rente immer wieder angepasst werden muss. Mit dem Rentenpaket 2025 haben wir jetzt Maßnahmen beschlossen, um Gerechtigkeitslücken zu schließen, Elemente für die junge Generation einzuführen und das Rentenniveau bis 2031 stabil bei 48 Prozent zu halten.

GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Zwei Dinge sollten Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel.“ (Johann Wolfgang von Goethe)

Aufgabe der Politik ist es wiederum, Familien zu stärken und ihnen gute Rahmenbedingungen an die Hand zu geben, damit Kinder vor Armut geschützt sind, mit gleichen Startchancen aufwachsen und sich jedes Kind frei entfalten kann. Gute Familienpolitik liefert Eltern den Rückhalt, den sie brauchen, um das Abenteuer Familie mit seinem oft herausfordernden Alltag gut meistern zu können.

Eine gute Familienpolitik ist vor allem auch verlässlich. Dass die bayerische Staatsregierung das zum 1. Januar angekündigte Kinderstartgeld wenige Wochen vor dessen Einführung überraschend gestrichen hat, ist ein herber Schlag für Familien im Freistaat. Die noch im Sommer versprochene Auszahlung in Höhe von 3.000 Euro, die jedes Kind zu seinem ersten Geburtstag erhalten sollte, sie kommt nicht.

Dabei haben Familien die Auszahlung fest eingeplant. Nun sehen sie sich mit einem massiven Wortbruch konfrontiert, der eines „Familienlandes Bayern“ unwürdig ist. Mehr noch: Die unerwartete Streichung dürfte zu weiterem Vertrauensverlust führen.

Das ist nicht gut. Und auch nicht, dass Bayerns Familienpolitik schon lange einem Schlingerkurs gleicht: Auf die Einführung des Familiengeldes 2018 folgte 2020 zusätzlich das Krippengeld. Letztes Jahr dann die Ankündigung, beides in das so genannte Kinderstartgeld umzuwandeln – und nun das überraschende Aus. Die eingesparten Mittel sollen hingegen künftig in die Betriebskostenfinanzierung der mehr als 10.000 Kitas im Freistaat fließen.

Ja, es ist richtig, dass die nach dem Gießkannenprinzip verteilten Eltern-Direktzahlungen von Beginn an umstritten waren – und auch von meiner Fraktion kritisiert wurden. Es ist ebenfalls absolut richtig und dringend notwendig, unser drastisch unterfinanziertes Kita-System auf stabile Füße zu stellen.

Und doch muss sich die Staatsregierung fragen lassen, warum sie die abrupte Kehrtwende auf dem Rücken der Eltern austrägt – und wie es sein kann, dass sie sich der brisanten Situation unserer Kitas offenbar erst jetzt gewahr wird. Die Probleme im Kinderbetreuungsbereich sind doch seit Jahren bekannt: schleppender Ausbau, zu wenig Plätze, fehlendes Personal, mangelnde Qualität – Eltern können ein Lied davon singen. Seit langem fordert auch meine Fraktion im Bayerischen Landtag vehement eine grundlegende Kita-Reform und damit verbunden spürbare Entlastungen der Eltern bei den Gebühren.

Für eine soziale Familienpolitik, auf die die Menschen sich verlassen können, setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch im neuen Jahr ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
burgerbuero@martina-fehlner.de